

PRESSEDIENST

Verband Niedersächsischer Lehrkräfte: Lehrer mit Niedersachsens Schulpolitik aufs Höchste unzufrieden Fehlende Wertschätzung demotiviert Niedersachsens Lehrer Appell an Abgeordnete vor Landtagsabstimmung

Niedersachsens Lehrerinnen und Lehrer sind mit der Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung aufs Höchste unzufrieden. Der Unmut in den Kollegien wächst - und das an allen Schulen des Landes. „Eine Landesregierung, die sich nicht an Vereinbarungen hält und dafür Lehrkräften weitere Aufgaben aufdrückt, darf sich nicht wundern, wenn Lehrerinnen und Lehrer auf dem Zahnfleisch kriechen, wenn diese demotiviert und ausgebrannt sind“, so Manfred Busch, VNL/VDR-Landesvorsitzender in Hinblick auf das unverdrossene, sture Festhalten der Landesregierung an den Beschlüssen der Haushaltsklausur vom Sommer. Sie sollen diese Woche vom Landtag mit der Einstimmenmehrheit von Rot-Grün verabschiedet werden.

Der VNL/VDR verurteilt weiterhin die geplanten Maßnahmen, die zu einer unverhältnismäßigen Mehrbelastung für Lehrkräfte führen. Die Nicht-Wiedereinführung der vollen Altersermäßigung für Lehrkräfte ab 55 Jahren stellt einen eklatanten Vertrauensbruch dar. Lehrermangel ist vorprogrammiert, denn Rot-Grün verschlechtert durch die Anhebung der Unterrichtsverpflichtung im Gymnasialbereich die Einstellungschancen des Berufsnachwuchses. Außerdem müssen Niedersachsens Lehrkräfte wie alle Beamte wegen der verspäteten Besoldungserhöhung finanzielle Nachteile in Kauf nehmen.

Es reicht auch nicht, wenn die Grünen im Landtag ständig davon reden, dass sie sich für eine Entlastung der Lehrkräfte einsetzen wollen. ‚Wir setzen uns dafür ein...‘ oder ‚Wir machen uns weiterhin dafür stark...‘ verkommen zu bloßen Worthülsen, von denen die Lehrkräfte nichts haben. „Den - hoffentlich - ernst gemeinten Vorsätzen müssen endlich auch Taten folgen“, fordert Busch.

Busch abschließend: „Niedersachsens Lehrkräfte fühlen sich nicht mehr wertgeschätzt. Niedersachsen braucht aber motivierte, leistungsfähige Lehrkräfte, ansonsten kann sich Schule nicht positiv entwickeln. Die Landtagsabgeordneten sollten dieses bei ihrer Stimmabgabe bedenken und den geplanten Verschlechterungen nicht zustimmen!“

Hannover, den 8. Dezember 2013